

## **PRESSEMITTEILUNG**

**Pressesprecher**

**Dirk Hundertmark**

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

**Sperrfrist: 19.00 Uhr**

Bildungspolitik

### **Johann Wadephul zur Bildungspolitik: Unser Ziel ist ein dauerhafter Schulfrieden für Schleswig- Holstein**

Auf der ersten Regionalkonferenz der CDU Schleswig-Holsteins zum Thema „Bildungspolitik“ in den Eutiner „Schlossterrassen“ hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Johann Wadephul, heute ein Ende des schon Jahrzehnte währenden Konflikts der beiden Volksparteien in der Bildungspolitik gefordert: „Es ist an der Zeit, diesen Streit zu beenden. Sonst sind am Ende die Kinder – und in der Folge die gesamte Gesellschaft – die Leidtragenden. Wir müssen jetzt – notfalls mit geballter Faust in der Tasche – den gordischen Knoten durchschlagen“, erklärte Wadephul. Die CDU habe in den bisherigen Verhandlungen bereits viel erreicht. Die Chance sei nun da, das Bildungswesen in Schleswig-Holstein fit für die Zukunft zu machen.

#### **Drei zentrale Forderungen der CDU an das Schulwesen**

Der Fraktionsvorsitzende stellte drei zentrale Forderungen der CDU an das Schleswig-Holsteinische Schulwesen der Zukunft zur Diskussion:

- Die Kooperation aller Bildungseinrichtungen muss nachweislich verbessert werden.
- Die Durchlässigkeit der Schulen muss erhöht werden.
- Leistung muss gefordert und auch überprüft werden.

Die Bildungsexperten der Schleswig-Holsteinischen CDU hätten auf der Grundlage dieser Forderungen ein Diskussionspapier entwickelt (s. Anlage), wie diese zentralen Forderungen mit Leben gefüllt werden können.

#### **Angebot an die SPD: Einführung einer Regionalschule**

Bestandteil der Vorschläge sei auch das Angebot an die SPD, über die Einführung einer Regionalschule zu verhandeln: „Diese kann, aufbauend auf einer gemeinsamen Orientierungsstufe, auf differenzierten Wegen zum Haupt- und Realschulabschluss führen.“ So lasse sich das Schulwesen in der Fläche erhalten, es werde – mit einem hohen Maß an individueller Förderung der einzelnen Schüler – länger gemeinsam gelernt. „Diese Regionalschule als Kooperation von Haupt- und Realschule ist die Alternative zur Gemeinschaftsschule. Wir haben uns bewegt. Jetzt ist die SPD an der Reihe“!

#### **Bundesweiter Trend zur Zweigliedrigkeit**

Wadepful erneuerte die Position seiner Fraktion, dass die Gemeinschaftsschule als zusätzliche Schulart keinen Eingang ins Gesetz finden werde. „Gesetze dienen der Klarstellung. Gerade das Bildungswesen, wo es um die Zukunftschancen unseres Nachwuchses geht, muss transparent sein. Ein Schulgoulasch aus Haupt-, Real- sowie Gesamtschule, dem Gymnasium und der Gemeinschaftsschule würde kein Mensch mehr verstehen – geschweige denn erklären können. So einen Unsinn machen wir nicht mit“, so Wadepful. Bundesweit fahren die schulpolitischen Züge in Richtung Zweigliedrigkeit. Schleswig-Holstein muss mit auf diese Spur“, erklärte Wadepful.

### **Auch die SPD sollte sich bewegen**

Die CDU lege mit dem Diskussionspapier zur Bildungspolitik und der abschließenden Beschlussfassung auf dem Landesausschuss am 26.09.2006 ihre aktuellen bildungspolitischen Positionen offen. „Wir beweisen damit, dass wir als Volkspartei zukunftsorientiert und in der Lage sind, Mehrheiten zu organisieren. Es wäre gut, wenn unserem Koalitionspartner in der Bildungspolitik mehr einfallen würde, als `nein` unseren Vorschlägen zu sagen“, so Wadepful abschließend.